

Sprache,
Amerikanisierung,
Globalisierung und
Demokratie

eine Textcollage von

Tristan Abromeit

angeregt durch eine
Reise in das Ex-Ostpreußen und der
Lektüre der *sprachnachrichten* des vds

Abschluß Haupttext am 28. August 2004

Abschluß Anhang am ?

In den Umlauf gebracht Januar 2005

Anhang

Texte und Hinweise, die von mir im Hauptteil nicht mehr verwendet wurden und zwar in der Reihenfolge, wie sie mir ins Blickfeld kamen. Die Zuordnung der Beiträge zu den Themen im Hauptteil ist auch ohne Querverweise möglich.

Übersicht des Anhanges

Text 1: Indirekter Verweis auf den Theoriehintergrund des Verfassers

Geschichte einer unkonventionellen Idee
Prominente Befürworter / S.4
oooo

Text 2: Bürger greifen zur Selbsthilfe
Der Trend geht zur Zweitwährung / S.4
oooo

Text 3: Die „Amerikanisierung“ der Amerikaner
36 Millionen Amerikaner leben in Armut
Einkommensschere in den USA weitet sich /
Reiche profitieren von Steuererleichterungen / S.7
oooooo

Text 4: Fauler Kompromiss bei der Rechtsschreibung?
Aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 31. August 2004
Frisch aus der Schublade
Zweiter Versuch: Vorschlag der Sprachakademie / S.9
oooooo

Text 5: Bürger Ost zweitklassig?
Ein Leserbrief
von Hartmuth Lorenz / S. 10

Anmerkung 1 von TA: Zum Leserbrief von Hartmut Lorenz (Text 5) / S.11
oooooo

Hinweis 1: Viergliederung / S. 11

Text 6: Zur Viergliederung / S. 12
oooooooooo

Anmerkungen 2 von TA: Meine eigene Einstellung zur Viergliederung
(zum Hinweis 1 und Text 6) / S.12
oooooo

Text: 7 Goethe und Schiller / S.16
oooooo

Text 8: Eine Reaktion auf die Bemühungen der E-Mail-Liste Demokratieforum /S.17
oooooo

Text 9: Amerika und Europa im Vergleich /S.18

Anmerkungen 3 von TA: „Supermacht Europa“ (Text 9) / S. 20
oooooooooo

Text 10: Ist falsches Deutsch unverständlich? / S.21

oooooooo

Text 11: Schuldenspirale dreht sich schneller / S. 23

Anmerkungen 4 von TA: „Schuldenspirale dreht sich schneller“ (Text 11) / S.23

oooooo

Text 12 „Ostdeutsche haben die Mentalität von Untertanen“ / S. 23

Anmerkung 5 von TA: zu Text 12 / S.24

ooooo

Texte 13: Zitate aus vier Artikel der *Humanwirtschaft* 9/10 2004

Schachtschneider: Euro, Verschuldung, Zins und Eigentum / S. 26

Hinzer: Demokratie – eine Worthülse / S. 26

Timm: Sozialabbau verhindern, aber wie? / S. 27

Neusser: Das englische Sprachmonopol / S. 27

ooooo

Hinweis 2: Carola Stern – Doppelleben / S. 28

oooooo

Hinweis 3: Johannes Heinrichs – Thesen zur Sprache S. 28

ooooo

Text 14: Gegen „Denglisch“, für Deutsch / S. 29

oooooooo

Text 15: Wähler in Windeln? Der Bundestag staunt
50 Abgeordnete wollen ein Wahlrecht von Geburt an einführen
- die Regierung nennt die Idee verfassungswidrig - / S. 30

Text 1: Indirekter Verweis auf den Theoriehintergrund des Verfassers

Geschichte einer unkonventionellen Idee

Prominente Befürworter

- Regionale Währungssysteme sind in Europa vom Jahr 800 bis 1800 nachweisbar. Selbst Groß-Ökonomen des zwanzigsten Jahrhunderts wie John Maynard Keynes und Friedrich August von Hayek befürworteten ein Nebeneinander von Währungen.

Vater der Debatte

- Als "Vater" der aktuellen Debatte um Alternativ-Währungskonzepte gilt Silvio Gesell (1862-1930). Der argentinische Kaufmann sah im heutigen Zinssystem einen Konstruktionsfehler des Geldes. Dadurch würde Geld dem Marktgeschehen entzogen.

Artikel erschienen am 29. August 2004

© WAMS.de 1995 - 2004

Vollständige Url des Artikels: <http://www.wams.de/data/2004/08/29/325194.html>

0000000

Text 2: Bürger greifen zur Selbsthilfe

Der Trend geht zur Zweitwährung

Konkurrenz für den Euro: In Duisburg und Siegen wird die Einführung von Alternativgeld vorbereitet. Das soll die Regionen stärken

von Frank Lorentz

Vielleicht hilft in dieser Zeit, da in weiten Kreisen der Bevölkerung das Vertrauen in das Funktionieren von Wirtschaft und Politik schwindet, tatsächlich nur ein Wunder. Etwa eines wie das so genannte Wunder von Wörgl.

Die österreichische Gemeinde führte in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine zweite Währung ein, die lokal begrenzt gültig war. Der Überlieferung zufolge stärkte dies den Zusammenhalt und die Kaufkraft in der Region derart, dass dort binnen eines Jahres

die Arbeitslosigkeit um 25 Prozent zurückging und das Geschäftsleben erblühte.

Diese Idee einer Alternativwährung findet in Deutschland eine wachsende Zahl an Freunden. 50 Initiativen haben sich bundesweit gebildet, um sie in die Wirklichkeit umzusetzen. In Bremen kann man heute schon mit dem "Roland" auf Einkaufstour gehen, im Chiemgau mit dem "Chiemgauer". Ende September soll in Berlin der "Berliner" den Euro ergänzen.

Auch in zwei Städten Nordrhein-Westfalens, in Duisburg und in Siegen, arbeitet man an der Einführung einer Euro-Konkurrenz. In der Reviermetropole hat Stefan Haarhoff, 30, die Initiative ergriffen. Im vergangenen Jahr entdeckte der Ingenieur sein Interesse für die Mechanik der globalisierten Wirtschaftswelt, die viele Menschen als Zentrifuge begreifen, die Regionen auseinander reißt und die Verödung von Innenstädten forciert. Trifft man den zurückhaltend auftretenden Mann, macht er nicht den Eindruck eines Rebellen. Gleichwohl sieht das Konzept, für das er plädiert, nicht nur eine andere Wirtschafts-, sondern im Grunde auch eine neue Gesellschaftsordnung vor.

Das Projekt funktioniert so: Händler eines Stadtviertels oder einer Ortschaft beschließen, eine zweite Währung zu akzeptieren, eintauschbar gegen Euro. Im Ruhrgebiet wird sie Justus heißen, nach dem Vorbild der gleichnamigen Regionalwährung in Gießen. Der Name Kohle, wie er für den Pott eigentlich unwiderstehlich ist, sei ihm zu unseriös, sagt Haarhoff.

Der Trick nun besteht erstens darin, dass die Zusatz-Währung nur lokal, unter den teilnehmenden Händlern, kursieren kann und auf diese Weise Kaufkraft örtlich fixiert wird.

Zweitens hat das neue Zahlungsmittel ein Verfallsdatum. Beispielsweise ist es am Ende eines Jahres fünf Prozent weniger wert und kann dann gegen frische Währung eingetauscht werden. Das soll bei jedem Teilnehmer der Alternativ-Währungsunion den Ehrgeiz steigern, das Geld so fix wie möglich auszugeben. Und so den Konsum zu beleben.

Drittens, und dies ist der eigentliche Trick, kann das Geld nicht angelegt und damit dem Wirtschaftskreislauf entzogen werden. Denn es gibt keinen Zins in der Regionalwährungszone. Damit soll garantiert sein, dass jene Erkenntnis vom idealen Funktionieren der Wirtschaft verwirklicht wird, wie sie in der alten Volksweise Taler, Taler, du musst wandern... bedichtet wurde.

In einer zinsfreien Gesellschaft, bevölkert von Lokal- und Regionalpatrioten, deren Lebenssinn in mehr bestünde als der Geld- und Gewinnmaximierung, sähe man die Welt mit anderen Augen. Investitionen

zum Beispiel, sagt Haarhoff, würden heute nur getätigt, wenn sie als Rendite mindestens jene Zinsen einbrächten, die eine Bank für die betreffende Investitionssumme zahle.

Könne man aber Geld nicht horten, auf dass es von allein mehr werde, würde mehr konsumiert und folglich die Wirtschaft gestärkt. Das alltägliche Geldausgeben würde gegenüber dem Sparen "besser gestellt", heißt es in dem 2004 erschienenen Buch Regionalwährungen von Margrit Kennedy und Bernard Lietaer. Dies alles zusammengenommen beförderte nicht zuletzt das Gemeinschaftsgefühl einer Region.

Der Status quo der Währungsreform in NRW? Ein Justus-Bündnis sei gegründet, auch ein kleines Team zusammengestellt, und Justus-Scheine würden demnächst gedruckt, sagt Haarhoff. Bis Ende des Jahres will er 50 Duisburger Händler von dem Projekt überzeugt haben. Später sollen die Scheine, mit jeweils typischen lokalen Motiven bedruckt, auch in anderen Revierstädten gelten.

Im NRW-Wirtschaftsministerium betrachtet man diesen Trend zur Zweitwährung mit distanzierendem Wohlwollen. Eine Sprecherin bucht die Vorgänge als "regionales Standortmarketing" ab. "Wir möchten da keine Bewertung abgeben. Das sollen die örtlichen Händler für sich entscheiden."

Klaus-Heiner Röhl vom Kölner Institut der deutschen Wirtschaft erkennt hingegen nur Nachteile einer Zweit- gegenüber der Erstwährung. Teilnehmer der Aktion müssten die Mühe auf sich nehmen, Geld umzutauschen. Dabei sei das Projekt prinzipiell auch mit dem Euro zu verwirklichen. Ein Geld, dessen Wert verfalle, verliere seine Funktion als "Wertaufbewahrungsmittel". Der momentane Trend markiere einen "Rückschritt" in die Zeit, da Geld ein reines Tauschmittel war. Zudem kaufe niemand mehr ein, nur weil die Währung eine andere sei.

Geht es also nur um einen psychologischen Trick? Um eine Strategie zur Bildung verschworener Kollektive? Mit gemeinsamem, eisernem Willen? "Alles ließe sich auch mit dem Euro bewerkstelligen", bestätigt Rolf Schirmacher, der in Siegen die Einführung des Sieg-Talers vorbereitet. Allerdings werde durch eine Regionalwährung Geld "bewusst in die regionale Wirtschaft" gelenkt. Und dieser Vorteil wiege "den Nachteil auf, den ein Nutzer durch seinen freiwilligen Verzicht auf den Euro in Kauf nehmen muss".

"Viel Arbeit wird noch zu leisten sein", resümiert Schirmacher, 49, im Hauptberuf Softwareentwicklungs-Ingenieur. Zwar seien Regionalwährungen schon erfolgreich im Einsatz, aber so richtig funktionierten sie erst, "wenn dadurch neue Arbeitsplätze entstehen".
Wie einst in Wörgl.

Artikel erschienen am 29. August 2004

Artikel drucken

© WAMS.de 1995 - 2004

Vollständige Url des Artikels: <http://www.wams.de/data/2004/08/29/325195.html>

oooooooo

Text 3: Die „Amerikanisierung“ der Amerikaner

36 Millionen Amerikaner leben in Armut

Einkommensschere in den USA weitet sich /
Reiche profitieren von Steuererleichterungen

(Aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 30. August 2004)

VON MABCUS MESSNER

Hatte US-Präsident George W. Bush in den vergangenen Wochen trotz schlechter Nachrichten aus der Wirtschaft immer wieder die Stärke des amerikanischen Konjunkturaufschwungs beschworen, so fehlten ihm nun die Worte. Nachdem die Zensusbehörde ihren jährlichen Armutsbericht vorgestellt hatte, wandte sich Bush in seinem Wahlkampf umgehend anderen Themen zu. Kein Wort mehr zur Wirtschaft. Schließlich offenbarte die Behörde, dass in Bushs Regierungszeit 4,3 Millionen Amerikaner unter die Armutsgrenze gerutscht sind. Frauen und Kinder, so stellten die Statistiker aus Washington fest, habe es in den vergangenen drei Jahren am härtesten getroffen.

Allein im vergangenen Jahr verarmten 1,3 Millionen Amerikaner. Insgesamt gelten nun 36 der rund 290 Millionen Menschen in den USA als arm. Und fast 13 Millionen dieser Armen sind Kinder. In Großstädten wie Cleveland, Detroit und Miami gilt jeder dritte Einwohner als verarmt. Mit Jahreseinkommen von rund 9400 Dollar für Singles und rund 18 800 Dollar für eine vierköpfige Familie, die die Behörde als Armutsgrenze festgelegt hat, lässt sich in den amerikanischen Metropolen ein normaler Lebensunterhalt nicht bestreiten. Seit Bush Präsident wurde, hat sich die Armut in den USA wieder ausgeweitet. Unter seinem Vorgänger Bill Clinton war sie noch acht Jahre lang kontinuierlich gesunken. Nach 11,3 Prozent im Jahr 2000 liegt der Armutsanteil in der Gesamtbevölkerung nun wieder bei 12,5 Prozent.

Neben dem Anstieg der Armut hat die Zensusbehörde in einer Langzeitstudie

auch wachsende Einkommensunterschiede zwischen Reichen und Armen festgestellt. Die oberen 20 Prozent der Gesellschaft verdienen inzwischen die Hälfte des nationalen Gesamteinkommens - ein Anstieg um 6 Prozentpunkte im Vergleich zu den siebziger Jahren. Gleichzeitig fiel der Einkommensanteil der unteren 20 Prozent der Amerikaner von 4,2 auf 3,5 Prozent. Auch die Mittelschicht musste Einbußen hinnehmen. Die oppositionellen Demokraten sprechen im Präsidentschaftswahlkampf von „zwei Amerikas“ - dem der Reichen und dem der Armen.

Kaum verwunderlich ist wegen der Einkommenseinbrüche für die Mittel- und Unterschicht, dass sich immer weniger Amerikaner eine Krankenversicherung leisten können. Im vergangenen Jahr verloren 1,4 Millionen ihren Versicherungsschutz. Insgesamt haben nun 45 Millionen Amerikaner keine Krankenversicherung. Einige Bundesstaaten, wie beispielsweise Texas, haben sogar die Zuschüsse für die Krankenversicherungen für Kinder gekürzt. In diesem Jahr sind zudem die Versicherungskosten drastisch gestiegen, so dass immer

weniger Firmen Jobs mit entsprechenden Sozialleistungen anbieten. Auch insgesamt ist die Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze zuletzt weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Für George W. Bush rissen die schlechten Nachrichten damit vor dem heute beginnenden Wahlparteitag seiner republikanischen Partei nicht ab. Das Wirtschaftswachstum sei mit 2,8 Prozent im zweiten Quartal geringer gewesen als erwartet, teilte das Wirtschaftsministerium in Washington mit. Zudem ist das Vertrauen der Verbraucher in die Wirtschaft gesunken.

Das Haushaltsbüro des Kongresses vermeldete dann auch noch, dass die von Bush seit seinem Amtsantritt veranlassten Steuererleichterungen in Höhe von rund 400 Milliarden Dollar vor allem den Reichen zugute kommen. Während das reichste ein Prozent der Amerikaner pro Kopf rund 80 000 Dollar in diesem Jahr weniger an Steuer zahlen muss, werden Durchschnittshaushalte rund 1000 Dollar und die ärmsten 20 Prozent der Gesellschaft nur rund 250 Dollar weniger an den Fiskus abführen. Bush hatte sich von den Steuererleichterungen für die Reichen eine Belebung der Gesamtwirtschaft versprochen, die nun aber wieder abzuebben scheint.

„Die Zahlen sprechen für sich“, resümierte die „New York Times“ am Wochenende, die Bush einen Fehlschlag in der Finanz- und Wirtschaftspolitik bescheinigte. Ob sich die schlechten Wirtschaftsdaten allerdings auf Bushs Aussichten auf eine Wiederwahl auswirken werden, ist noch nicht abzusehen. Die Zensusbehörde hat ihren Armutsbericht absichtlich einen Monat früher als gewohnt veröffentlicht, damit er nicht in der heißen Phase des Wahlkampfes zum Thema wird. Und Bush versucht ohnehin seit Wochen, vor allem Sicherheit und Terrorismus und eben nicht Wirtschaft und Krankenversicherung zu den bestimmenden Themen zu machen.

Allerdings wird Bushs demokratischer Herausforderer John Kerry, dem die

Amerikaner Umfragen zufolge eine größere Kompetenz in Wirtschaftsfragen zusprechen, spätestens in den Ende September beginnenden Fernsehduellen den Präsidenten direkt mit der sich weitenden Einkommensschere und der lahrenden Konjunktur konfrontieren. Und dann könnte der Druck auf Bush bis zur Wahl im November weiter steigen. „Wahlkampflogans können die Wahrheit nicht verstecken“, meinte Kerry nach der Veröffentlichung des Armutsberichts.

XXXXXXXXXXXX

Text 4: Fauler Kompromiss bei der Rechtsschreibung?

Aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 31. August 2004

Frisch aus der Schublade

Zweiter Versuch: Vorschlag der Sprachakademie

Ein bewährtes Prinzip der politischen Taktik besagt: Was sich nicht sofort durchsetzen lässt, wird ad acta gelegt, bis die Umstände günstiger sind. Nach dieser Idee ist gestern die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt verfahren. Sie hat einen Kompromissvorschlag zur Rechtschreibreform vorgelegt, den sie im Frühjahr vorigen Jahres schon einmal vorgelegt hatte - und der sich bereits in Buchform kaufen lässt („Zur Reform der deutschen Rechtschreibung - ein Kompromissvorschlag“, Wallstein Verlag Göttingen).

Es handelt sich sozusagen um einen Vorschlag zur Güte, um den „Rechtschreibfrieden“ in einem sprachlich gespaltenen Land wieder herzustellen. In der momentan verfahrenen Situation darf es nach Ansicht der Akademie nicht um „Schuldzuweisungen“ gehen, sondern nur um eine Lösung ohne „Gesichtsverlust“ für alle Beteiligten.

Die plastische Sprachchirurgie der Akademie sieht vor, „Elemente der neuen Rechtschreibung, die nicht allzu störend sind“, beizubehalten. So soll es bei „ss“ statt „ß“ nach kurzem Vokal bleiben. Doch bei der Getrennt- und Zusammenschreibung sowie der Groß- und Kleinschreibung möchte die Akademie zurück auf bekanntes Terrain. Beispielsweise solle man auch künftig „anheimstellen“ zusammenschreiben dürfen, ebenso „haltmachen“. Auch die Verdreifachung von Konsonanten führe immer wieder zu grotesken Wortbildern („Schiffahrt“) und gehöre abgeschafft.

Noch lieber würde die Akademie ganz zur alten Rechtschreibung zurückkehren. Doch sei das politisch, pädagogisch und auch ökonomisch unrealistisch, meinte gestern der Potsdamer Sprachwissenschaftler Peter Eisenberg. Er hat den Kompromissvorschlag der Darmstädter Akademie federführend erarbeitet.

Mit der Aufweichung der Sprachfronten dürfte es aber vorerst nichts werden. Pünktlich zur Vorstellung des aufgefrischten Akademievorschlags sprachen sich gestern prominente Autoren wie Günter Grass, Elfriede Jelinek oder Siegfried Lenz für die komplette Rücknahme der Reform aus. Die sprachliche Befriedung ist damit wohl vorerst

gescheitert. Aber wer weiß: Vielleicht versucht's die Akademie demnächst noch mal beim Rat für deutsche Rechtschreibung, der im Herbst seine Arbeit aufnehmen und künftig die Sprachentwicklung begleiten soll. Könnte ja sein, dass bis dahin "die Sehnsucht nach einem Kompromiss noch gewachsen ist.

STEFAN STOSCH

oooooooooooo

Text 5: Bürger Ost zweitklassig?

Ein Leserbrief

er wurde der E-Brief-Liste von Demokratieforum entnommen

Hartmuth Lorenz
Ernst-Barlach-Str.11
19055 Schwerin
Fax: 0385 5571484

Die Zeit
Politik-Redaktion
Leserbrief

zu "Was der Osten wirklich braucht" Helmut Schmidt 26.8.04

"Jaaa, Papa !" - das ist meine spontane Antwort auf den Artikel von Altkanzler Helmut Schmidt. Es wäre unhöflich und unangemessen von mir, es dabei zu belassen. Doch es trifft den Kern der Problematik. Es ehrt den streitbaren Hardliner, wenn er Verständnisse für die Undankbaren aufbringt, auch durch Selbstkritik. Nur wie so oft bei Kommunikationen: "Erlauben Sie eine Gegenfrage?" Welche Antwort haben Sie parat:

"Was der Westen wirklich braucht ?" Wunderheiler und Demagogen wachsen nicht nur im Osten, Herr Schmidt. Die Wachstumsphilosophen und großen Grundrechtsgelehrten sind längst durchschaut. Hinter der millionenschweren Fassade nur Seelenschrott. Wir brauchen nicht mehr Demokratie, wir brauchen nicht mehr Selbstbestimmungsrechte ? Ich habe persönlich die Verheißungen des Kommunismus durchschaut, wie jämmerlich die Demokratie im Kapitalismus funktioniert, war ein Kinderspiel dagegen. Da wir 1990 bewusst "beigetreten" wurden, ist uns die Chance genommen worden, aus eigener Hand, mit ein wenig Hilfe, Deutschland entgegen zu kommen. Welche Kräfte in uns stecken, auch mit 42 Jahren noch, hat die Kanutin Birgit Fischer eben gezeigt. Doch die Masse der Ostdeutschen wurde strukturell und systematisch in die Zweitklassigkeit versetzt:

Lehrer in Zwangsteilzeit, generell niedrigere Löhne, politisch bevormundet, finanziell abhängig gemacht. Was erwarten Sie da ? Bei uns soll sich noch der Mittelstand entwickeln können ? Dieser Mittelstand ist längst tot, auch ohne Hartz IV! Durch einen Kapitalismus, der nur noch Löhne zahlt pro Stunde 1 Euro. Dagegen soll man nicht protestieren können ?

Hartmuth Lorenz, 57 Jahre, selbständig, kurz vor Insolvenz.

P.S.:

Ich bin parteilos, Parteienkritiker und ein Freund Johannes Heinrichs.
Mein nächster Brief wird einzelne Fragen und Wünsche zum Buch enthalten.

oooooooo

Anmerkung 1 von TA: Zum Leserbrief von Hartmut Lorenz (Text 5)

Das, was Hartmuth Lorenz im obigen Leserbrief anklagt, hätte vermieden werden können. Ich bin sicher nicht der einzige, aber einer von denen, die 1989 Vorstellungen formuliert haben, die – angewandt - vermieden hätten, daß die Menschen der heutigen östlichen Bundesländer von der Unmündigkeit unter Hitler über die nachfolgende unter Honecker in die faktische Unmündigkeit der BRD überführt wurden. Ich hoffe, daß ich meinen Text *Darauf kommt es an! / Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR / gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung / für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus* bald einscannen und auf meiner Internetsseite zugänglich machen kann. (Beachte auch den weiter unten folgen Ausriß aus der HAZ: „Im Gespräch mit Joachim Gauck.)

Ein Arbeitnehmer der nur aufgrund eines subventionierten Lohnes eine Arbeit findet, ist nur ein besserer Bettler. Keinen regulären Lohn im Arbeitsmarkt erzielen zu können, ist eine dauerhafte Kränkung. Wer die Kränkung nicht mehr spürt, kann sie entweder im psychologischen Sinn weg rationalisieren haben oder der Dauerschmerz hat die Gekränkte oder den Gekränkten abgestumpft. Und noch etwas: Die Lohnsubventionierung wird nicht aus dem Kapitaleinkommen finanziert, sondern aus der Lohntüte der regulären Arbeit.

oooooooooooooooo

Hinweis 1: Viergliederung

Die Idee der Viergliederung ist von Johannes Heinrichs erarbeitet worden. Er stellt sich den Staat als soziales System mit vier Subsystemen vor: Als Haus gedacht ist die erste und unterste Ebene das Wirtschaftssystem (Konsum, Produktion, Handel, Geld) , die zweite Ebene ist das Politische System (Sicherheits-Rechts- Außen-, Verfassungspolitik)), die dritte Ebene ist das Kultursystem (Pädagogik, Wissenschaft, Publizistik, Kunst) und die vierte Ebene stellt das Legitimationssystem da. Jede Ebenen hat dann wiederum eine Vierteilung in 1. Verwaltung, 2. politische Exekutive, 3. Legislative und 4. Judikative.

Genauere Informationen sind erhältlich über www.viergliederung.de. Dort war auch folgendes zu lesen:

Text 6: Zur Viergliederung

Der Gedanke der Viergliederung des sozialen Systems wird von Johannes Heinrichs der Sache nach seit seinen ersten Vorlesungen «Sozialphilosophie» 1975 an der Jesuitenhochschule St. Georgen in Frankfurt am Main vertreten und – nach einer Periode des Reifens und Abwartens – besonders in seiner Zeit als Professor für Sozialökologie an der Humboldt-Universität (Nachfolge Rudolf Bahro) in vielen Aspekten weiter erprobt. Auch wenn die theoretische Arbeit weitergeht, scheint nun die Zeit für praktisch-politische Umsetzung allmählich heranzureifen. ...

Die Bezeichnung «Vierfachheit» und «Viergliederung des Sozialen» gebraucht J. Heinrichs als feststehendes «Etikett» erst seit Mitte der achtziger Jahre, und zwar als eine gewisse nachträgliche Verbeugung vor Rudolf Steiners weitgehend intuitiver Sicht und Rede von der «Dreigliederung des sozialen Organismus» (seit 1916). Die handlungs- und reflexionstheoretischen Grundlagen fehlen jedoch bei Steiner – ebenso wie die konkreten, institutionellen Folgerungen, die dementsprechend mit der Viergliederungs-Sicht verbunden sind. Es handelt sich also nicht nur um den Unterschied von 3 und 4, das heißt um die Notwendigkeit, beim sogenannten «Geistesleben» Grundwerte (unbedingte religiös-weltanschauliche Letztwerte) von kulturell bedingten Werten zu unterscheiden.

oooooooo

Anmerkungen 2 von TA: Meine eigene Einstellung zur Viergliederung (Hinweis 1 und Text 6)

Ich denke wir sind in einer Situation, in der wir jeden Bürger¹, jede Gruppe begrüßen müssen, die sich mit Fragen unseres Gemeinwesens, deren innere Ordnung, der Verbindung unserer Gesellschaft mit anderen Gesellschaften und mit der Weiterentwicklung von Demokratie als Herrschaftsform befassen. Aus diesem Grund habe ich auch die Einladung zur Teilnahme an der E-Brief-Liste von Demokratieforum angenommen. Auch wenn meine Teilnahme nur in mitlesender Form stattfand, wurde ich für meine Entscheidung auch schon durch Interessante Beiträge der Listen-Teilnehmer belohnt.

Johannes Heinrichs ist sicher ein kluger Kopf und ich werde ihm – wie man so sagt – wohl nicht das Wasser reichen können. An der Demokratie – auch als Thema - ist nun das Gute, daß auch die weniger Klugen und die Dummen sich zu Wort melden dürfen, ja sogar müssen. Wie sonst sollen sich die Klugen sich der Stärke ihrer Argumente und der Schwäche ihres System in Form von Denkfehlern bewußt werden, als durch Zu- und Widerspruch?

Im Hauptteil habe ich Ludwig Freund zitiert, der 1930 schrieb, daß zu viele Leute im Streben nach einem philosophischen Lehrstuhl durch ihrer „Systeme“ die wirklich großen Gestalten in den Schatten stellen wollen. Ich habe nicht den Eindruck, daß Johannes Heinrichs jemanden durch sein System in den Schatten stellen will, sondern eher mit Ludwig Freund denkt: „Denn über der Frage, ob Irrtum oder Erkenntnis, entscheidet sich nicht selten das geistige Schicksal von Völkern und Erdteilen. Wo Irrtum erkannt wird, kann daher gar nicht hart und scharf genug geurteilt werden.“ (Am Ende der der Philosophie, S. 8) Ich denke aber schon, daß er etwas verliebt in sein System ist, daß er etwas zu viel Marxismus und etwas zu wenig An-

¹ Immer in weiblicher und männlicher Form gedacht!

archismus im Kopf hat.

Selbstverständlich müssen wir, wenn wir über Demokratie nachdenken, versuchen die gewollten, die nicht geplanten und die möglichen Strukturen der Gesellschaft, die Objekt unserer Betrachtung sind, zu erkennen, zu erfassen. Wichtig bei der Suche nach Antworten ist aber auch, was wir für eine Vorstellung vom Menschen und vom Staat haben und wie viel Gestaltungsraum die Individuen - einzeln oder in nichtstaatlichen Zusammenschlüssen - haben sollen. Allein das Schaubild von Heinrichs – wenn auch sympathisch und logisch dargesellt / siehe auf der Internetseite www.viergliederung.de – aktiviert Vorstellungen in mir vom totalen Staat mit einem Zwangsbeglückungsauftrag. Nach meinen Dafürhalten haben wir auf der ökonomischen Ebene unsere Hausaufgaben erst gemacht, wenn um Beispiel die Wirtschaftsminister nur Vermögensverwalter der jeweiligen politischen staatlichen Gliederungseinheit sind. Das setzt voraus, daß eine Selbststeuerung der Wirtschaft im kybernetischen Sinn nicht nur als Ideologie möglich ist, sondern real. Wenn dem so ist oder wäre, dann käme dem Wirtschaftsparlament nur die Aufgabe zu, eine solche Ordnung mit ihren klaren Rahmenbedingungen einzuführen, um sich dann aufzulösen.

Auch eine Kultur, die von einem Kultursystem mit vierfacher Apparatur gelenkt wird, ist für mich eher eine Horrorgeschichte, als ein Wegweiser in die Zukunft. Der Staat als Nachfolger des fürstlichen Mäzens oder als Zuteiler von Kreativitätschancen ist eine Fehlentwicklung, die meines Erachtens nicht durch ein noch so kluges System ausgebügelt werden kann. Kultusministerien gehören aufgelöst und die Kultusminister sollen sich in Baumschulen bewerben. Bäume lassen sich leichter und dauerhafter in Reih und Glied aufstellen Menschen.

Mit der Idee des Legitimationssystems kann ich nach anfänglicher Ablehnung doch noch etwas anfangen, wenn es nicht als viergliedriger staatlicher Apparat eingerichtet wird, sondern als Rat der Weisen und zwar ohne Monopol- und Gesetzgebungsanspruch. Wir haben ja tatsächlich viele Begriffe und Normen, die unklar und schwammig sind, aber als klar in der Politik und Rechtsprechung gehandhabt werden. Ein Beispiel ist die Menschenwürde. Da kann jeder etwas anderes drunter verstehen. Ich habe deshalb vor Jahr und Tag vorgeschlagen für den Begriff so etwas wie ein Wertekorb zu erstellen. Angeregt hat mich dazu der Warenkorb, der für die Ermittlung der Indexzahlen zur Messung der Preisniveaustabilität benutzt wird. Statt Wertekorb könnte man auch Ausstattungskorb sagen. Dieser Korb, der für bestimmte Begriffe von dem Rat der Weisen gefüllt werden könnte, würde a) eine Orientierungshilfe (kein Gesetz) sein und b) – da er nicht nur einmal, sondern wiederholt bestückt wird – die inhaltliche Entwicklung des Begriffes sichtbar machen. c) Würden in allen Ländern, die Verträge miteinander schließen, solche Wertekörbe erstellt, wüßte man schon beim Abschluß von Verträgen und auf Konferenzen, ob man überhaupt das gleich meint, wenn man gleiche Begriffe benutzt.

Natürlich braucht die Gesellschaft in ihrer Ausformung als Staat eine Gliederung und die Teile dieser Gliederung müssen Ordnungen erhalten, die aufeinander abgestimmt sind. Aber diese Teilordnungen müssen für ein Staat gedacht werden, der vielleicht noch ein Volumen von 20% bis 10% des heutigen Umfangs hat. Das ist natürlich mit einer zentralistischen Ordnung nicht zu machen. Was es zu entwickeln gilt, ist eine haftende Gestaltungsfreiheit in sozialer Geborgenheit. Die Rahmenbedingungen sind vom Staat zu schaffen, aber die Ausgestaltung ist in tausendfach variabler Form von Bürger auf privatrechtlicher Ebene zu realisieren.

Ich persönlich habe schon meine Schwierigkeiten mit der Dreigliederung von Rudolf Steiner,

obwohl ich mit Menschen befreundet bin, die davon gewaltig angespornt wurden und werden. Es gibt ja auch wohl keine neuere Ideenschöpfung in den letzten hundert Jahren, die so stark wie die Anthroposophie² Menschen zum praktisch-sozialen und praktisch-pädagogischen, wie auch künstlerischen Handeln angetrieben hat. Da die Ergebnisse sich zeigen lassen können, spielt es fast keine Rolle mehr, ob das Ideengebäude logisch, wissenschaftlich oder spekulativ ist. Man kann sich natürlich die Gesellschaft dreigliedrig aufgeteilt vorstellen und die Bereiche Rechtswesen, Kultur und Wirtschaft als drei selbständige Bereiche sehen. In Wirklichkeit sind es aber keine getrennten Einheiten sondern stehen in Wechselwirkungen, in der häufig erwähnten Interdependenz. Auf jede Teileinheit wirken zwei weitere ein oder kommen in ihr zur Geltung.

Besonders störend empfinde ich die antroposophische Vorstellung, die Kultur könne alternativ zur staatlichen Finanzierung nur durch Schenkungen finanziert werden. Natürlich sollten wir alle in die Lage versetzt werden, großzügig schenken zu können, denn das Geben macht eben seliger als das Nehmen. Aber das Nehmen von Geschenken macht - wie die Subventionen in einer staatlich organisierten Kultur - leicht abhängig und belastet nur dann die Beschenkten nicht, wenn sie in einem Vertrauensverhältnis zu den Schenkenden stehen. Da alle Leistungen und Schöpfungen der Kultur eben auch eine ökonomische Seite haben, ein Angebot im Markt der Möglichkeiten sind, sollte auch durch die Nachfrage der Bürger entschieden werden, welches Angebot der Kultur willkommen ist und welches nicht. Demokratischer geht es nicht. (Daß die Schröpfung des Staates per Steuern und die strukturelle Ausbeutung des Kapitals vorher aufhören müssen, um die Kultur über den Markt voll zu finanzieren, steht auf einem anderen Blatt.) Jeder Kulturschaffende (auch Johannes Heinrichs) muß seinen Lohn über Markterlöse einbringen können und wenn der Fall eintritt, daß seine Leistung, sein Produkt nicht gefragt ist, muß es ein leichtes sein, mit wenigen Wochensstunden profaner Arbeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen. In keinem Fall sollte der Kulturschaffende nach Förderböfen und Kunstpreisen schießen müssen oder sich gar sein Anliegen, seine Mission vom Publikum ausreden oder verbiegen lassen. Ich rede hier nicht der renditegeilen Kommerzialisierung aller Lebensbereiche das Wort, sondern spreche mich für das dezentrale, befreiende, anarchistische, kybernetische Steuerungsinstrument Marktwirtschaft für den Kulturbereich aus.

Was ich besonders problematisch an dem Modell von Heinrichs finde, ist, daß vier Parlamente auf vier (Fach-)Ebenen Gesetze beschließen sollen. Da ein Parlament ohne Gesetzgebungsrecht höchstens ein Spielwiese wäre, aber keine funktionierende Einheit im System der Gewaltenteilung und sich die vier Ebenen in der Gliederung von Heinrichs genau so wenig klar trennen lassen, wie die Dreigliederung bei Steiner, käme es erstens zu einem dauernden Kompetenzgerangel und zweitens zu widersprüchlichen und sich überschneidenden Gesetzen. Statt Ordnung hätten wir dann Chaos. Und die 4x4-Gliederung hätten wir dann ja wohl nicht nur auf Bundesebene sondern auch auf der Ebenen der Länder, Landkreise und Kommunen! Oder?

Das sind Sätze meines Zweifels, aber keine Aufforderung sich Heinrichs System nicht prüfend zuzuwenden. Wir brauchen gedankliche Modelle, an denen wir uns abarbeiten können, um dann letztendlich doch zu besseren realen Modellen zu kommen, als wir sie bisher bei uns realisiert haben. Demokratie, Drei- oder Viergliederung ist auch kein Thema, das auf Deutschland beschränkt ist. Ich muß auch gestehen, daß ich meine Ausführungen hier nur aufgrund der Modellzeichnung, die neben meinem PC liegt, gemacht habe. Ich habe zwar im Hinter-

2 Der Marxismus als Gestaltungsidee der zur gleichen Zeit in größerem Umfang zur Geltung gekommen ist, ist älter und hat sich durch seine Durchsetzungsmethode und seine Ergebnis selbst aus dem Rennen geworfen. Die Freiwirtschaft als sanfte, freiheitliche und menschenfreundliche Revolution konnte sich noch nicht beweisen.

kopf noch Aufsätze von Heinrichs, die vor mehreren Jahren gelesen habe. Die Inhalte sind mir aber nicht so präsent, daß sie mir eine Hilfe hätten sein können. Sein Buch „Sprung aus dem Teufelskreis“, war auch in meinem Bestand. Ich weiß aber nicht mehr, ob ich ausgeliehen oder verschenkt habe.

Selbstverständlich hätte ein realisiertes Modell die größere Aussagekraft, als das theoretische Abwägen von Vor- und Nachteilen. Aber wohl nur nach einem Zusammenbruch einer Gesellschaft, bestünde die Chance ein ganz neues Demokratiemodell auszuprobieren. Aber wenn die staatliche Struktur einer Gesellschaft zusammengebrochen ist, fehlt dem Volk wiederum die Voraussetzungen für ein bedächtige und vernünftige Strukturplanung und -installation.

Auf meine obigen Ausführungen zum Viergliederungsmodell bezogen ist es an dieser Stelle angebracht auf Bücher hinzuweisen, deren Autoren auch den Versuch unternehmen, einen Weg aus unseren unzulänglichen Institutionen und Strukturen aufzuzeigen:

a) Das hier zu erst genannte Buch ist eine Sammelband, er wurde von Vladimir Svitak herausgegeben und trägt den Titel: **Strukturen des Aufbruchs / Von der Konkurrenzgesellschaft zur Solidargemeinschaft**. An dem Buch haben viele Autoren mitgewirkt und es ein Verzeichnis der Fürsprecher des Projektes, das eine tiefere Diskussion um notwendige Reformen anschieben will, als es die offizielle Politik leisten kann, bzw. für nötig hält.

b) Den nächsten Titel kenne ich nur aus der Verlagsankündigung. Da ich aber andere Artikel von dem Autor gelesen habe, scheint mir das Buch vielversprechend.

Der Titel: **Geld oder Leben / Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern**, von Günther Moewes, erschienen im August 2004 (Moewes ist Professor für Architektur in Dortmund).

c) Die nächsten drei Titel sind von den Gebrüder Vogel, die das Seminar für freiheitliche Ordnung (der Wirtschaft, des Staates und der Kultur) e.V. gegründet haben. Steiners Dreigliederung spiegelt sich hier bereits im ursprünglichen Namen des Vereins. Aber die Anthroposophie wurde von den Vogels nicht dogmatisch betrieben, sondern mit anderen Ideenwelten angereichert. Die Autoren leben nicht mehr. Die Titel:

c) 1. **Jenseits von Macht und Anarchie**³, 1963, von Heinz Hartmut Vogel;

c) 2. **Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus**, 1973, von Lothar Vogel;

c) 3. **Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit / Die freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft**, 1990 von Diether Vogel.

In diesem Zusammenhang muß ich noch auf ein anders Buch verweisen:

Untergang eines Mythos, 1978, von Yoshito Otani

(Das Copyright lag bei der Herausgabe bei Gesima Vogel, die Frau von Lothar Vogel. Mir wurde gesagt, das Buch sei von ihr geschrieben worden. In jedem Fall hat sie wohl stark an dem Text mitgewirkt oder sich ihn zu eigen gemacht. Nachdem sie ihre zahlreichen Kinder großgezogen, ihren Mann lange unterstützt und dann getrennt hat, gründete sie in Hamburg eine Bodenrechtsschule. Da ihre Kritik nicht nur den Zuständen in der Alt-BRD galt, sondern genauso dem realen Sozialismus, fiel die Antwort aus dem linken Lager gewohnt unsachlich und verletzend aus.)

3 Anarchie hier im umgangssprachlichen (falschen) Sinne benutzt.

oooooooooooo

Text: 7 Goethe und Schiller

Rolf Dahmer, wohnhaft in Portugal verwendete in seinem Gedankenaustausch im Demokratieforum zwei Zitate, die mir so gut gefielen, daß ich sie hier wiedergebe.

" Es ist nicht gut und dem Schöpfungswerke der Seele nachteilig, wenn der Verstand die zuströmenden Ideen gleichsam an den Toren schon zu scharf mustert. Eine Idee kann isoliert betrachtet sehr unbedeutend und sehr abenteuerlich sein, aber vielleicht wird sie durch eine, die nach ihr kommt, wichtig, vielleicht kann sie in einer gewissen Verbindung mit anderen, die vielleicht ebenso abgeschmactt erscheinen, ein sehr zweckmässiges Bild ergeben... Bei einem schöpferischen Kopf hingegen hat der Verstand seine Wachen vor den Toren zurückgezogen, die Ideen strömen hinein, und erst alsdann übersieht und mustert er den grossen Haufen..."

Schiller

"In dem Augenblick, in dem man sich ganz einer Aufgabe verschreibt, bewegt sich die Vorsehung auch. Alle möglichen Dinge, die sonst nie geschehen, um einem zu helfen. Ein ganzer Strom von Ereignissen wird in Gang gesetzt durch diese Entscheidung und er sorgt zu den eigenen Gunsten für zahlreiche unvorhergesehene Zufälle, Begegnungen und materielle Hilfen, die sich kein Mensch vorher je so erträumt haben könnte. Was immer Du kannst oder Dir vorstellst, dass Du es kannst, beginne es. Kühnheit trägt Genius, Macht und Magie in sich. Beginne jetzt."

Goethe

oooooooooooo

Text 8:

Liebe Listenmitglieder,

Ein alter Freund, von mir auf die Causa des DemokratieForums angesprochen, antwortet wie folgt:

"Hallo Rolf,

was nicht praxisgerecht ist, ist weltfremd.
was ich nicht bereit bin zu verstehen, spricht mich nicht an.
was mich nicht anspricht, werde ich nie anwenden.
Es sei denn Du verklausulierst gewöhnliche Gesetzmäßigkeiten
derart, dass jeder denkt: Da hat einer was neues erfunden.

Also ich denke praktisch. D. h. gleichzeitig: Ich bin nicht bereit einen
solchen Quatsch mir anzutun nur um des VERSTEHENS WILLEN. Die weitere
Folge steht oben.

Mein Törn nähert sich dem Ende mit großen Schritten. Jeder Tag 24 Stunden
weniger. Nur weiter so.

An diesem Beispiel ist ersichtlich wie Millionen denken: Um vom
seelischen Schmerz eines auf dem Kopf stehenden und sich selbst
auffressenden Sozialsystems etwas abzulenken nimmt man Palliative, in
diesem Fall der Segel-Törn. Ein anderer sehr guter Freund, der die Woche
über sich den höllischen und angeblich unausweichlichen Sachzwängen im
Job unterwarf, nahm zufällig das gleiche Palliativ und glaubte damit
durchzukommen. Er starb an Krebs.

Im obigen Mail enthalten findet sich aber eine deutlicher Hinweis darauf
wie viele linear verhärtete Leute doch zu beeinflussen sind. In diesem
Sinne erinnere ich nochmals an die Worte von Preussens grossem König
Friedrich II: "Wer sich an die Phantasie und die Sinne der Menschen
richtet, wird denjenigen besiegen, der nur auf ihren Verstand einwirken
will."

Damit meines ich keinesfalls die heute so wohlfeile Infantilisierung und
Kretinisierung des Lebens mit deren Hilfe viele Leute meinen dasselbe
überhaupt noch ertragen zu können.

Mit besten Grüßen aus Estoril, wolkenlos, 27°C

Rolf Dahmer

OOOOOOO

Text 9: Amerika und Europa im Vergleich

JEREMY RIFKIN hat 17 Bücher über Trends in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik geschrieben. Sein neuestes widmet er dem Alten Kontinent

Supermacht Europa

Wir Amerikaner geben gern an, die Europäer lieben es zu lamentieren. Für uns ist das Glas halb voll, während es für unsere europäischen Freunde unweigerlich halb leer ist. Wir sind davon überzeugt, dass uns das Beste noch bevorsteht, die Europäer glauben, dass das Morgen schlechter sein wird als das Heute. Dies trifft ganz besonders zu, wenn es um die Volkswirtschaften der beiden globalen Supermächte geht. Die meisten Menschen denken, dass die USA die größte Ökonomie der Welt sind. Falsch.

Mit 10,5 Billionen Dollar übersteigt das Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union das der USA um 100 Milliarden. Und beim Handel? Auch hier sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache. Mit seinen 455 Millionen Verbrauchern ist Europa der größte Binnenmarkt der Welt. Europa ist zudem die größte Exportmacht. Auch der Euro ist inzwischen stärker als der Dollar - was vor vier Jahren kaum ein amerikanischer Volkswirt für vorstellbar gehalten hätte. Die EU ist ohne Frage eine neue Supermacht, die den USA global Konkurrenz macht. In vielen Schlüsselbranchen der Weltwirtschaft setzen transnationale europäische Unternehmen die Maßstäbe. Europas Finanzinstitute sind die Banker der Welt: 14 der 20 größten internationalen Geldhäuser haben ihren Sitz in Europa.

In der chemischen Industrie, dem Maschinenbau, der Luft- und Raumfahrt, der Baubranche, bei den Konsumgütern, im Gesundheitswesen und im Versicherungssektor (um nur einige Gebiete zu nennen) laufen europäische Firmen ihren amerikanischen Pendanten den Rang ab. 61 der 140 größten Unternehmen der „Fortune Global 500“ sind europäischer Provenienz, während lediglich 50 aus den USA stammen.

Das bedeutet nicht, dass europäische Firmen amerikanischen immer überlegen wären. In manchen Wirtschaftszweigen sind die Europäer Marktführer, in anderen die Amerikaner. Die Botschaft ist vielmehr die, dass europäische Unternehmen die Konkurrenz mit amerikanischen nicht zu scheuen brauchen.

Obwohl Europa die wirtschaftliche Kluft gegenüber den Vereinigten Staaten langsam schließt, hat die Alte Welt immer noch einen weiten Weg vor sich, will sie bis zum Jahr 2010 die wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Volkswirtschaft der Welt werden. Dieses Ziel hat der Europäische Rat im März 2000 in Lissabon formuliert.

Wie viel von diesem enormen ökonomischen Potenzial die EU nutzt, hängt davon ab, inwieweit es ihr gelingt, einen funktionierenden Binnenmarkt und einen schrankenlosen Wirtschaftsraum zu schaffen. Die Europäer haben begonnen, ein den ganzen Kontinent umfassendes Netz von Verkehrswegen aufzubauen. Auch ein paneuropäisches Strom- und Energienetzwerk, gemeinsame Kommunikationsstrukturen, ein einheitlicher Finanzmarkt und ein grenzübergreifender Gesetzesrahmen für Unternehmen sind im Entstehen.

Die vielleicht größte Herausforderung auf dem Weg zur europäischen Einheit besteht darin, die großen Einkommens- und Qualifikationsunterschiede zwischen den Arbeitnehmern in den nord- und westeuropäischen Ländern auf der einen und den süd- und osteuropäischen Ländern auf der anderen Seite auszugleichen. Der Beitritt von 75

Millionen Ost- und Südeuropäern hat im Westen Ängste geweckt vor einem möglichen Massenzustrom billiger Arbeitskräfte - gelernte und ungelernete - in die ohnehin belasteten Volkswirtschaften Alt-Europas. Die Westeuropäer sind darüber hinaus besorgt, dass Scharen von armen Einwanderern ihre ohnehin überdehnten Sozialsysteme endgültig sprengen könnten. Schließlich gibt es die Befürchtung, dass westeuropäische Firmen Produktion und Verwaltung zunehmend in den Osten verlagern, wo die Arbeitskosten beträchtlich niedriger sind. Tatsächlich hat dieser Prozess bereits eingesetzt. Es bleiben noch viele andere Schwierigkeiten, die den Aufbau eines zusammenhängenden gesamten europäischen Binnenmarkts erschweren. Dennoch: Es gibt weitaus mehr Durchbrüche als verbleibende Hindernisse.

Ebenso wichtig ist die Tatsache, dass die englische Sprache in Europa zunehmend zur Lingua franca⁴ wird. Als solche fungiert sie bereits in vielen Universitäten, vor allem in wirtschafts- und naturwissenschaftlichen Fächern. Durch diese Entwicklung werden die Europäer Güter, Dienstleistungen und vor allem Arbeitskräfte bald fast ebenso leicht austauschen können, wie dies auf dem US-Markt der Fall ist. Der Integrationsprozess ist bereits weit vorangeschritten und wird im Lauf der nächsten 20 Jahre noch an Dynamik gewinnen. Schon binnen dieses Zeitraums dürfte Europa jenes Niveau von Integration erreichen, wie wir es in den USA genießen und für selbstverständlich halten.

Die EU wird manchmal eine Supermacht wider Willen genannt. Ich kenne aus der Geschichte in der Tat kein anderes Beispiel für eine politische Großmacht, die so zögerlich war, ihre Kraft einzusetzen. Natürlich ist Demut eine angenehme Tugend, zumal in einer Zeit, in der das amerikanische Tapferkeitsgehabe überall auf der Welt zum Objekt zunehmenden Spotts geworden ist. Dennoch wäre die Anerkennung ihrer wirtschaftlichen Macht für die EU ein entscheidender erster Schritt zur Anerkennung ihrer Verantwortung als die andere große globale Supermacht. Überall auf der Welt halten Menschen Ausschau nach einer Alternative zum amerikanischen Modell. Die Europäische Union und der Wirklichkeit werdende europäische Traum stehen für eine radikal andere Vision von globalisierter Gesellschaft. Die EU muss jetzt mit Bedacht, aber auch mit Selbstvertrauen einen Schritt nach vorne tun und dazu beitragen, der Welt in diesen schwierigen Zeiten den Weg zu weisen.

Aus dem Englischen von Daniel Eckert
Dieser Beitrag basiert auf Jeremy Rifkins neuem
Buch „Der Europäische Traum: Die Vision einer
leisen Supermacht“. Campus Verlag, August 2004

Aus: *Welt am Sonntag*
Ausgabe vom 29. 8. 2004

4 **Lingua franca**

[italienisch, eigentlich »fränkische Sprache«] *die*, Verkehrssprache im Mittelmeerraum, aus romanischen (meist italienisch), mit arabischen Elementen vermischem Wortschatz; danach allgemeine Bezeichnung für Verkehrssprache eines größeren mehrsprachigen Raumes (z. B. Englisch, Welthilfssprachen). Brockhaus, 2001

Anmerkungen 3 von TA: „Supermacht Europa“ (Text 9)

1. Die Hervorhebung durch die größere Schrift ist von mir. Man spürt förmlich den fördernden Druck zur Ausbreitung der englischen Sprache durch die Ökonomie. Der Trend stoppt sich in absehbarer Zukunft nicht von selbst. Wenn es überhaupt möglich (und sinnvoll) ist, eine Trendwende einzuleiten, dann bedarf es einer großen Anstrengung aller Europäer. Die Schwierigkeit besteht darin, daß die Engländer eine Strategie unterstützen müßten, die sich auch gegen sie selbst wendet. Die Polen würden sicher lieber das amerikanische Englisch als gemeinsame Verkehrssprache haben als das Deutsche. Frankreich wäre selbstverständlich einverstanden, daß das Französisch als europäische Verkehrssprache eingeführt würde. Ich schätze es aber so ein, daß die deutsch-französische Freundschaft für die Franzosen nicht so weit geht, daß sie dem Deutschen als europäische Sprache zustimmen würden. Unsicher wäre auch die Haltung aller anderen EU-Mitglieder. (Siehe den Hinweis weiter unten auf den IDO-Artikel.)

2. Die Vergleiche zwischen den Ökonomien USA – Europa machen deutlich, daß die Globalisierung / Amerikanisierung eben auch von Europa ausgeht. Wir werden diesen ökonomischen Druck, der nivelierend und verfremdend auf die Sprachen und Kulturen wirkt, nicht ohne grundlegenden Reformen auflösen. Es geht um nicht mehr oder weniger als um die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus.⁵

3. Die Vergleichszahlen zeigen, daß Europa nicht vor den USA zu kuschen braucht.

4. Ich habe den Eindruck daß sich die Verhältnisse in Volkswirtschaften umgekehrt haben. Früher war die Produktion, der Handel und der Konsum im Binnenland das Wesentliche und der Ex- und Import und das ausländische Engagement binnenländischer Unternehmen im Ausland das Ergänzende. Heute findet eine umgekehrte Wertung statt. Das ist verrückt, Verschwendung von Ressourcen und gegen jede ökologische Vernunft.

Bei uns hat die Verdrehung von volkswirtschaftlicher Hauptaktivität und Ergänzungsaktivität in der Zeit der fixierten Wechselkurse begonnen, als die DM unterbewertet war. Sowohl die Exporterlöse in Dollar, wie auch die Dollar-Investition in der BRD erhielten beim Umtausch bei der Notenbank eine Prämie. Der Umtauscher, der der Notenbank Devisen in Dollar präsentierte, erhielt dafür mehr DM als er nach dem Kaufkraftvergleich hätte erhalten müssen. Solche Geschenke kommen natürlich nicht vom Himmel, finanziert wurden sie mit der Inflationierung der DM, der Plünderung der Massen.

oooooooo

5 Ich bilde mir ein, daß ich diesen Terminus technicus in die Diskussion eingeführt habe.

Text 10: Ist falsches Deutsch unverständlich?

Aus der Neustädter Zeitung vom 1. 9. 2004

Glosse

Rechtsprechung wichtiger wie Rechtschreibung

Eine Glosse zum Streit um die rechte Schreibweise

„Der ist viel dümmer wie mein Schwager sein Sohn, hab ich zu sie gesagt, aber das interessiert ihr gar nicht.“ Was mancher Deutscher entgegen der korrekten „Rechtsprechung“ so von sich gibt, kann Anlass zum Schmunzeln sein. Wenn sich aber in der „Rechtsprechung“ genau an die Regeln gehalten wird, kommt mitunter ein Freispruch zustande. Gerade weil sich die Richter beim unlängst abgeschlossenen „Mannesmann-Prozess“ an die Regeln, sprich Gesetze, halten mussten, wurde ein Urteil gefällt, das den meisten Deutschen als unkorrekte Rechtsprechung erschien. Bei der Rechtschreibung geht es nicht um Verstöße gegen relevante Gesetze. Warum reagieren viele Zeitgenossen aber gerade bei Verstößen gegen die „Rechtschreibgesetze“ so empfindlich? Vielleicht, weil sie glauben die richtige Schreibweise zu beherrschen. Doch ist das Auswendiglernen von Wörtern tatsächlich Bildung? Sie schreiben noch immer „gucken“, /obgleich das Wort eigentlich „kucken“ gesprochen wird. So lernten Generationen von Schülern eine Schreibweise, die dem lebendigen, gesprochenen Wort zuwider lief. Haben wir die korrekte Anordnung der Buchstaben einfach nur auswendig gelernt und fällt vielen nur deshalb sofort ein Fehler auf? Für das Verständnis des geschriebenen Inhaltes sei die Schreibweise nachrangig, klärt eine im Internet kursierende Nachricht auf. Demnach würde es ausreichen, wnen nur der erste und der letzte Buchstabe eines Wortes an der richtigen Stelle stehen würde. Weshalb ist nun auch die CDU Landtagsfraktion zur alten Schreibweise zurückgekehrt. Zurecht. Denn nicht die Anordnung der Buchstaben ist entscheidend für eine verständliche Schreibweise. Die Buchstaben selbst sind eß! Bleibt zu hoffen, dass es bald auch eine Reform in der Rechtschreibung gibt.

Dirk Misslisch

Text 11: Schuldenspirale dreht sich schneller

Aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 1. September 2004

**Fast 900 000 gerichtliche Zwangsmaßnahmen seit Januar 2004 /
Gläubiger greifen härter durch**

Hannover (ash). Immer mehr Deutsche bekommen es wegen Zahlungsproblemen mit der Justiz zu tun. Die Zahl der gerichtlichen Zwangsmaßnahmen gegen Privatpersonen in Deutschland stieg im ersten Halbjahr 2004 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 6 Prozent auf 888 830 Fälle. Dies ergab eine Studie des Wirtschaftsinformationsdienstes Bürgel zur „Zahlungsmoral deutscher Konsumenten“ im ersten Halbjahr 2004.

Zu den gerichtlichen Zwangsmaßnahmen gehören eidesstattliche Versicherungen, Haftanordnungen und Privatinsolvenzen. Am deutlichsten war der Anstieg in den östlichen Bundesländern mit plus 15 Prozent auf 155 978. In den westlichen Bundesländern stieg die Zahl der Maßnahmen zur gerichtlichen Eintreibung offener Forderungen lediglich um 4,3 Prozent auf 732 852.

Den größten Anstieg gab es in Mecklenburg-Vorpommern mit plus 56,84 Prozent. Am stärksten rückläufig war die Zahl der Zwangsmaßnahmen in Bremen mit minus 13,93 Prozent. In Niedersachsen kam es in der ersten Jahreshälfte zu einem Rückgang um 2,2 Prozent auf 89 021 Verfahren.

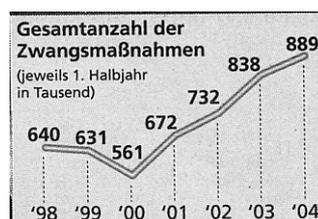
- Eidesstattliche Versicherungen: Noch nie wurden dabei laut Bürgel Schuldner in Deutschland innerhalb von sechs Monaten so viele eidesstattliche Versicherungen - früher als „Offenbarungseid“ bezeichnet – abgenommen wie im ersten Halbjahr 2004. Insgesamt gab es 554 523 Fälle, 6,8 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. An der Spitze liegt Mecklenburg-Vorpommern mit plus 72,6 Prozent. In Niedersachsen sank die Zahl um 1,3 Prozent.

- Haftanordnungen: Hinzu kamen im ersten Halbjahr in Deutschland 293149 Haftanordnungen, 7,4 Prozent mehr als vor einem Jahr. Darunter versteht man die Erzwingung der eidesstattlichen Versicherung vor Gericht oder durch Haft. Den stärksten Zuwachs gab es hier in Sachsen-Anhalt mit plus 63,1 Prozent (Niedersachsen: minus 4,1 Prozent).

- Privatinsolvenzen: Als letzten Ausweg suchen immer mehr Schuldner den Weg in die Insolvenz: 41 158 Privatinsolvenzen wurden im ersten Halbjahr 2004 beantragt. Das sind 28,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Die größte Zunahme wurde in Baden-Württemberg mit plus 63,2 Prozent registriert. In Niedersachsen kletterte die Zahl um 27,5 Prozent.

Die Gründe für die wachsenden Schulden liegen nach Ansicht von Bürgel bei Anbietern und Schuldnern gleichermaßen. Der Handel lockt Konsumenten mit Krediten und bequemen Ratenzahlungen. Dabei werde oftmals die Prüfung des finanziellen Spielraums der Kunden vernachlässigt. Viele Schuldner unterschätzten die tatsächlichen Kosten der Anschaffungen auf Kredit, bei denen zum Kaufpreis Zinsen und Bearbeitungsgebühren hinzukommen.

Nicht immer sei jedoch Geldmangel der Grund für ausstehende Zahlungen. „Schuldner verzögern oft ganz bewusst fällige Zahlungen.“ Im Gegenzug strebten die Gläubiger inzwischen schneller und häufiger harte gerichtliche Maßnahmen an, erklärte Johan Zevenhuizen, Geschäftsführer der Bürgel Wirtschaftsinformationen.



Anmerkungen 4 von TA: „Schuldenspirale dreht sich schneller“ (Text 11)

Die Zahlen können gar nicht das Leid ausdrücken, das mit diesen geschilderten Vorgängen verbunden ist. Die Erklärungen für die Zahlungsunfähigkeit von Schuldnern durch die Auskunftei Bürgel ist mehr als dürftig. Wer mehr über die Hintergründe erfahren möchte, sollte zum dem Buch „Das Geldsyndrom“ von Helmut Creutz greifen. Die EU-Neulinge und -Anwärter haben bestimmt solche Zahlen nicht vor Augen, wenn sie vom Paradies träumen, das ihnen die EU bringen soll. Wenn die deutschen Bürger für irgend welche Projekte der Humanität spenden, denken sie wohl selten an Mitbürger, die Zahlungsunfähig aufgrund von Überschuldung geworden sind. Hören wir von konkreten Fällen der Zahlungsunfähigkeit überlegen wir doch meisten nur, ob eigenen Forderungen oder die von Freunden oder Geschäftspartner dadurch gefährdet sind. Sind wir gut drauf, sagen wir mit oberflächlichen Mitleid: „Das arme Schwein hat Pech gehabt.“ Meistens denken wir aber, der hat doch selber schuld an seiner Pleite. In der Tat ist es schwer von außen zu erkennen, ob ein persönliches Versagen vorliegt oder ob Systemzwänge dahinter stehen. Wir müssen die steigende Kurve der Insolvenzfälle aber als einen steigenden Angriff auf die Grundrechte verstehen lernen. Wir haben alle Anlaß genug, uns um die Hintergründe zu kümmern. Wir sollten es tun, bevor wir zu den Insolventen gehören.

oooooooooooooooooooo

Text 12:

Aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 2. Sept. 2004

„Ostdeutsche haben die Mentalität von Untertanen“

IM GESPRÄCH / JOACHIM GAUCK

Der frühere DDR-Bürgerrechtler rechnet noch mit „20 bis 30 Jahren“. So lange werde es dauern, bis die Menschen in den neuen Ländern sich als Bürger einer demokratischen Gesellschaft sähen - und Gefallen daran fänden.

Bei der Debatte über die allmontaglichen Demonstrationen im Osten hört Joachim Gauck genau zu - und stellt „wachsende Vorurteile“ fest. Viele im Westen hielten die Osis für „undankbare Zeitgenossen“, viele im Osten die Wesis für unsolidarische Besserwisser. Und die Ansicht, der Sozialismus sei „eigentlich gut, nur in der DDR schlecht gemacht worden“, wachse auch - in beiden Teilen des Landes. Gauck billigt das nicht, versucht es aber zu erklären.

Mit materiellen Problemen, sagte er am Mittwoch vor der Landeszentrale für politische Bildung in Hannover, hätten die Proteste weniger zu tun. Dafür gebe es zu viele „unkündbare Leute aus dem öffentlichen Dienst“, die bei den Anti-Hartz-Kundgebungen Regie führten. Die Ursachen seien eher mental. So würden viele im Osten sich zurücksehen in die Vergangenheit. Die PDS sammle Stimmen auch von Leuten, die zu DDR-Zeiten von der SED verfolgt wurden. „Es geht um das Heimatgefühl“, meint Gauck.

Der frühere Bürgerrechtler, der jahrelang die Behörde zur Verwaltung der Stasi-Akten leitete, hat sich in Bücher vertieft und ist auf eine geschichtliche Erfahrung gestoßen: „Es gibt ein großes Bedürfnis der Menschen, sich mit dem erlebten Lebensabschnitt freundlich auseinanderzusetzen.“ In der DDR hieß diese Erfahrung aber: Anpassung, Gängelung, Untertanengeist. Von 1933 bis 1989 hätten zwei Regime die Menschen zur Anpassung gedrillt: Wer sich anpasste und Grenzen nicht überschritt, konnte weiterkommen. Wer sich der SED nicht anschloss, dem blieb eine führende Funktion in der Gesellschaft verwehrt. Die „Normalität der Ohnmacht“, die jeder einzelne habe erleiden müssen, sei das Bitterste gewesen. In der DDR hätten „alle Elemente der Verselbständigung des eigenen Urteils“ gefehlt, die Leute hätten keine Chance gehabt, sich als freier Bürger zu erproben - als Mensch, der Zivilcourage zeigt, widerspricht, selbst gestaltet und auch mit kritischer Distanz zu den Vorgesetzten aufsteigen kann. „Was wir bei den Demonstrationen in Ostdeutschland erleben, ist die elementare Angst der Menschen, 'die Politiker da oben' könnten es nicht mehr richten.“

Wie soll der Westen darauf reagieren? Gauck warnt zunächst vor den „Besser-Wessis“, die den Ostdeutschen schonungslos ihre Defizite vorhalten. Wer das tue, verschrecke die Leute nur. Noch schlimmer sei aber der „Verständnis-Wessi“, der nur mitfühle mit den Ostdeutschen und am Ende auch Sympathie für die DDR empfinde. „Der Kommunismus wird durch das Schweigen vieler im Westen verniedlicht - in der Angst, durch Kritik würde die Nazi-Zeit relativiert. Das ist doch töricht. Jeder Arzt würde nach der Gelbsucht doch auch die Krätze bekämpfen“, sagt Gauck. Im Westen lebten „viel zu viele verwirrte Alt-Linke, die genaues Hinsehen auf die Kommunisten nicht mögen“.

Der 64-Jährige rät zu einem frischen Bekenntnis zur Demokratie. „Ein bisschen fröhlicher und stolzer auf ihre Leistungen“ könnten die Westdeutschen sein, denn die „Kultur des Verdrusses im intellektuellen Raum“ motiviere niemanden. Nur wenn die Wessis zeigten, wie zufrieden sie sind damit, dass hier zu Lande in der Schule Klassensprecher gewählt werden und freie Schülerzeitungen arbeiten können, hätten die Osis Gelegenheit, so etwas als einen Wert zu erkennen. „Das dauert, politische Aufklärung ist eine Schnecke. Aber es geht“, sagt Gauck.

KLAUS WALLBAUM

Anmerkungen 5 von TA:

„Ostdeutsche haben die Mentalität von Untertanen“ (Text 12)

Eine ähnliche Lebenssituation und Lebenserfahrung wie die Deutschen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR haben ja auch die Menschen aller Länder des ehemaligen Ostblocks. Ich weiß nicht, ob es Vergleichsuntersuchungen gibt, die aufzeigt, daß die „Osis“ eine besondere Ausprägung von Untertanengeist entwickelt haben. Dafür aber, das auch (freundlich gesagt) restriktive Gesellschaften wie die der ehemaligen DDR oppositionelle und nonkonformis-

tische Köpfe ausgebildet hat, ist ja Joachim Gauck ein gutes Beispiel. Im übrigen war Konformitätsdruck in der Alt-BRD auch nicht gering; gegen den Strom zu schwimmen hatte für die, die es taten, auch seinen Preis, besonders dann wenn es nicht in einem großen Verband geschah.

Die Menschen streifen ein erworbene (nicht angeborene) Untertanenmentalität dann am schnellsten ab, wenn sie die konkrete Erfahrung machen, daß sie durch eigene Anstrengung und Tüchtigkeit ihr Leben besser meistern und gestalten können, als durch die abhängigmachende Vorsorge und Zuteilung eines Über-Vaters - Staat genannt. Dazu gehört aber in einer arbeitsteiligen Wirtschaft mit einer marktwirtschaftlichen Steuerung, das die Systemfehler ausgemerzt und Systembedingungen erfüllt werden.

Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe - demnächst zusammengelegt – mögen den Magen füllen, lassen aber den Geist und die Seele verkümmern und in einer demokratischen Retardation verharren. Ich bezweifle auch, daß die Grundhaltung der „Wessis“ eine wesentlich andere ist, als die der „Ossis“. Sie meinen vielleicht es sei so, aber nur, weil sie sich ihrer Untertanenhaltung nicht bewußt sind. Die Selbsttäuschung gelingt auch zu leicht, weil in der uns gewährten Narrenfreiheit, jeder fast alles sagen kann, was ihm im Kopf kommt. Natürlich gab es auch große Unterschiede zwischen der DDR und BRD einerseits und dem Nazideutschland und Deutschland West andererseits. Es wäre albern diese Unterschiede zu leugnen. Unter der Herrschaft der Nationalsozialisten und der Sozialistischen Einheitspartei hätte ich z. B. diese vorliegende Arbeit ja wohl nicht ohne Freiheitsverlust veröffentlichen können. Aber ich wiederhole: Wir dürfen unseren gesellschaftlichen Ist-Zustand nicht an der NSDAP und SED messen, sondern der Maßstab muß das Entwicklungspotential, das in der Idee von einer freien Gesellschaft mit freien Menschen angelegt ist, sein. Diese Entwicklung wird aber durch das durch das Bestehende unterdrückt. Das Bestehende ist dabei eine Gemengelage aus Institutionen, Strukturen und Leitbilder der politisch handelnden Personen in der gewachsenen und aktuellen Ausformung.

Die *Welt am Sonntag* hat in der Ausgabe vom 29. August 2004 einen großen Bericht mit dem Titel „Chronik einer hastigen Währungsunion“ gebracht. Daneben zwei Befragungen von damals politisch Verantwortlichen. Karl Otto Pöhl (damals Deutsche Bundesbank) antwortet auf die Frage, ob die Einführung der DM für das Gebiet der DDR mit einem Umtauschkurs von eins zu eins falsch war wie folgt: „Es kann heute keinen Zweifel mehr geben, dass dies eine ökonomisch verhängnisvolle Entscheidung war. Alle Betriebe der DDR mussten von einem Tag auf den anderen ihre Löhne und Verpflichtungen in D-Mark bezahlen, die sie nicht hatten und auch nicht verdienten. So wurden alle Betriebe schlagartig zahlungsunfähig.“ ... Theo Waigel, damaliger Finanzminister weist in seiner Antwort auf die gleiche Frage darauf hin, das es gesamtökonomisch einen Umtauschkurs von 1, 81 gegeben hätte. Bei der Wirkung von ökonomischen Daten haben Durchschnittswerte – besonders dann wenn man sie nicht mit anderen Durchschnittswerten verglichen werden können – keinen großen Erklärungswert. In der Überschrift heißt die Antwort von Waigel: „Wir hatten damals keine Alternative“. Wenn Waigel gesagt hätte: „Wir hatten damals keine Alternative, weil wir Gefangene unserer Vorstellungen waren!“, dann wäre das der Wahrheit näher gekommen. Ich habe bereits mit meinem Text „Glastnost und Perestroika in der Währungspolitik“ vom Oktober 1989 (Text Nr. 5.0 auf meiner Internetseite) bei der Bundesbank angefragt, wie sie sich die Ausdehnung des DM-Geltungsbereich auf die DDR vorstellen würde. Sowohl die Bundesbank und auch das Wirtschaftsministerium haben einen so großen bürokratischen Apparat, daß sie bei dem jahrzehntelangen Gefasel von der Wiedervereinigung auf diesen Tag und diesen Fall mit verschiedenen Alternativvorschlägen hätten vorbereitet sein müssen. Zur minimalen Ehrenrettung der

Bundesbank muß ja gesagt werden, daß Pöhl am 16. Mai 1990 von seinem Amt zurückgetreten ist, weil er die damalige Politik nicht mittragen wollte. An der Schwerfällig- und Uneinsichtigkeit des Bundesbankapparates ändert das aber nichts. Bei der Einführung des Euro hätten diese Bürokratien beweisen können, das sie dazugelernt haben. Es ist nicht der Fall. Die Bundesbank und das Finanzministerium haben einen wesentlichen Anteil daran, das die Bürger in den neuen Bundesländern in der Untertanenmentalität verharren; ja, mangels Alternativen aus Gründen der Überlebensstrategie verharren müssen.

00000000

Texte 13

Zitate aus vier Artikel der aktuellen *Humanwirtschaft* 9/10 2004

www.humanwirtschaft.de

Aus: „Euro, Verschuldung, Zins und Eigentum“
Interview der Humanwirtschaft mit Prof. Dr. Schachtschneider

Wie sehen Sie die Entwicklung unseres Landes / unserer Gesellschaft?

Ich sehe einen schweren wirtschaftlichen Niedergang, gefolgt von politischer Instabilität. Die Parteien sind am Ende ihrer Möglichkeiten und werden das Vertrauen der Menschen nicht zurückgewinnen können. Die ökonomischen Verwerfungen werden so drastisch sein, dass radikale Kräfte das Ruder an sich reißen werden können. Das gilt es zu verhindern, indem der Parteienoligarchie die Politik aus der Hand genommen wird.

Sind die heute politisch Verantwortlichen überhaupt willens oder imstande, die kommenden Probleme zu bewältigen?

In keinsten Weise. Allein schon deshalb, weil ihnen das Wissen und die Einsicht fehlen. Im Parteienstaat gilt nun einmal das Gesetz der Negativauslese.

Wie sehen Sie die Tendenzen der Entscheidungsträger, die Bevölkerung immer mehr zu überwachen?

Je mehr die ökonomische Stabilität verloren geht, desto mehr versucht die Parteienoligarchie politische Stabilität durch Überwachung der Menschen zu erreichen. Die Freiheit gerät in Gefahr. Wir gleiten in eine Art Despotie über. ...

00000

Aus: Demokratie – eine Worthülse von Alfred W. Hinzler

Manche politische Gruppe verfißt als die „wahre Demokratie“ das, was ihr zu Macht und Dauerherrschaft verhelfen könnte. Als wahrhaft demokratisch kann aber nur eine Gesellschaft gelten, innerhalb deren alle Glieder gleich und frei sind, in der kein Glied von der Teilnahme an der Lenkung der gemeinsamen Geschicke ausgeschlossen ist. Dass Demokratie Freiheit einschließt, gilt als selbstverständlich, unklar bleibt aber, was Freiheit bedeutet. ...

00000

Aus: Sozialabbau verhindern, aber wie?

Von Uwe Timm

Der unproduktive Staat

„Wir haben bereits eine mehr als 50-prozentige kommunistische Staatswirtschaft“, wettete schon Kurt Zube 1977 in seinem Buch „Manifeste des Friedens und der Freiheit“. Doch dass etwa die Hälfte der Einkommen über die Besteuerung vom Staat kontrolliert und ineffizient verteilt wird, wird manchmal gern übersehen und stattdessen die Illusion verbreitet, der Moloch Staat müsse nur noch mehr gefüttert werden. ...

Fleißig wird auch der Irrglaube verbreitet, Otto von Bismarck sei der Vater der sozialen Gesetzgebung, was gar nicht stimmt. Seine Zielsetzung war es, Bestrebungen der eigenen Emanzipation, den sozialen und kirchlichen Vereinigungen, Hilfskassen, Genossenschaften, solidarische Vereinigungen, das Wasser abzugraben und den Arbeiter, der ja auch als Soldat gebraucht wurde, an den Staat zu binden. „Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen bestechen, den Staat als eine soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte.“

oooooo

Aus: Das englische Sprachmonopol

von Alfred Neusser
(Ido-Gesellschaft)

Die Sprache, in der man sich weltweit verständigt, hat durchaus auch etwas mit Rentabilität und Betriebskosten zu tun. Wenn möglichst viele Angelegenheiten grenzüberschreitend in Englisch abgewickelt werden, dann haben alle Länder mit Mutter- oder Hauptverkehrssprache Englisch (z. B. Malta, Philippinen) erhebliche wirtschaftliche Vorteile. Wer Englisch von Kindheit an spricht, hat anderen Völkern mehrere Jahre Lernzeit voraus, die er für andere Bildung verwenden kann und ist Gesprächspartnern anderer Muttersprachen dann meist auch durch größere sprachliche Gewandtheit überlegen. ...

Nach unserer bisherigen Erfahrung steht die Mehrheit der Bevölkerung einer einfachen Zweitsprache für die internationale Verständigung positiv gegenüber, kennt häufig auch den Begriff Esperanto, hat aber keine Ahnung, wie es aussieht und weiß auch nicht, dass es nur mit Schwierigkeiten in den heutigen Medien benutzbar ist.

Der Einwand, eine künstliche Sprache wäre nicht brauchbar, beruht auf eine falsche Analogie: Eine Sprache ist weder mit einer Pflanze noch mit einem Tier vergleichbar, sie ist gewissermaßen überhaupt nicht natürlich, sondern ist eine Erfindung der Menschen, die seit Jahrtausenden bewusst oder unbewußt daran basteln und sie laufend (künstlich) ändern, in dem sie etwa „Ersatzteile“ aus anderen Sprachen holen oder Abkürzungen zu Wörtern machen (Jeep, Radar). ...

oooo

Anmerkungen 5 von TA zu dem Beitrag von Uwe Timm: Die Haltung der Arbeitnehmer war in Bezug auf den Erwartungen gegenüber dem Staat in der Gründungszeit der Sozialversicherungen entgegengesetzt zu der der heutigen Arbeitnehmerschaft. Das die Arbeitnehmer Bismarcks Vorhaben ursprünglich als Entmündigung angesehen haben, wird den Nachgeborenen nicht vermittelt. Vom 15. 1. bis 17. 1. 2004 lief ein dreiteiliger Film mit dem Titel „Der Wunschbaum“ im Fernsehen (Drehbuch von Henriette Pieper nach einem gleichnamigen Roman von Sandra Piretti). Dort gab es eine Szene, wo diese Haltung zum Ausdruck kam.

oooooooo

Hinweis 2: Carola Stern – Doppelleben

Am 8. September 2004 zeigte das Erste Deutsche Fernsehen ein biographisches Portrait von Carola Stern, den mittelalterlichen und alten Bundesbürgern als engagierte Journalistin bekannt. Ich gebe sinngemäß eine Aussage von ihr wieder, die mir im Gedächtnis haften geblieben ist.

Deutsch ist meine Sprache, in ihr kann ich mich ausdrücken. Ich habe keine andere. Muttersprache – Ja! Vaterland – Nein!

Wenn ich sie richtig verstanden habe, dann war die Aussage so gemeint, daß man sich für die Muttersprache ohne nationalistische Tendenzen ins Zeug legen kann. TA

oooooo

Hinweis 3: Johannes Heinrichs - Thesen zur Sprache

Aus einem E-Brief von: <heinrichsjoh@aol.com> Johannes Heinrichs
an: <DemokratieForum@yahoogroups.de>
vom: Donnerstag, 9. September
Betreff: Wer hat Bedarf an Demokratiereform(theorie)?

Ich füge mal einen Beitrag "Sprachpolitik" ein, der in der nächsten Ausgabe der "Sprachnachrichten" des Vereins Deutsche Sprache erscheinen wird und ausführlicher dem-nächst auf der Website www.deutsche-sprachwelt.de. Allerdings ein ganz eigener, ein kultur-politischer Aspekt des Demokratiethemas. Derweilen bereite ich gerade einen Vortrag an der "Amerikanischen Universität" in Sophia in der "imperialen Sprache" vor...

Kurze Anmerkung von TA: Ich hatte Gelegenheit den Text zur Sprachpolitik von Johannes Heinrichs zu lesen. Ich stimme den Inhalt weitgehend zu. Ich hoffe, daß die deutschkundigen Litauer und Russen den Text auf irgendeine Weise auch zu lesen bekommen.⁶

oooooo

⁶ Nachtrag vom 28. 12. 04: Der Beitrag ist inzwischen unter dem Titel „24 Thesen zur Sprachpolitik“ in den *Sprachnachrichten* Nr. 24 vom Oktober 2004 erschienen.

Text 14: Gegen „Denglisch“, für Deutsch

Verein will Bewusstsein für die Muttersprache schärfen
-Vorsitzender ist Steinhuder

VON BRIGITTE LEHNHOFF

WUNSTORF. Mitglieder des Vereins Deutsche Sprache sind am Sonnabendvormittag in der Fußgängerzone gegen so genanntes Denglisch, die Vermischung von Deutsch und Englisch, zu Felde gezogen. Anlässlich des „Tages der deutschen Sprache“ forderten sie dazu auf, Fremdwörter nicht unkritisch zu übernehmen. Von deutschen Diplomaten erwarten sie mehr Einsatz für ihre Muttersprache.

Vereinsvorsitzender Professor Walter Krämer aus Steinhude kritisierte, dass Deutsch als Arbeitssprache in den Gremien der Europäischen Union (EU) kaum eine Rolle spiele. „Das ist ärgerlich, weil wir der größte Nettozahler sind“, sagte Krämer. Er befürchtet wirtschaftliche, politische und kulturelle Nachteile für deutschsprachige Länder, wenn Englisch und Französisch weiter dominieren.

Gerade nach der Osterweiterung der EU sei es sinnvoll, Deutsch als Brückensprache einzusetzen, sagte Krämer. Nicht nur im Baltikum, auch in Polen und Tschechien lebten viele Deutsch sprechende Menschen. „Unsere Diplomaten sollten mehr Rückgrat zeigen“, forderte Krämer. „Aber die verfallen sofort in Englisch, sobald sie die Landesgrenzen verlassen.“

Regionalvorsitzender Andreas Niepel aus Wunstorf nahm Werbestrategen aufs Korn. So würden unter der Bezeichnung „Body Bag“ rucksackähnliche Umhängetaschen verkauft. „Dieser Begriff hat im Amerikanischen die Bedeutung von Leichensack“, nannte Niepel ein besonders drastisches Beispiel.

Geschäftsleute, die mit Firmennamen wie „coole kids“, „Kick in“, „Head-Shop“ oder „Back-Point“ modern erscheinen wollen, schneiden sich nach Auffassung von Niepel ins eigene Fleisch. „Wer traut sich denn in einen Laden, dessen Name nicht klar sagt, was sich dahinter verbirgt?“, fragt Niepel. Er möchte Geschäftsleute ermutigen, wieder die Sprache ihrer Kunden zu sprechen.

Der Widerstand gegen den Englisch- und „Denglischwahn“ wächst, ist sich Vorsitzender Krämer sicher: „Im vergangenen Monat haben wir die Mitgliederzahl 20 000 übersprungen.“ Damit besitze der in Dortmund ansässige Verein annähernd Parteigröße. Etwa 3000 Mitglieder leben im Ausland. In Wunstorf unterstützen bisher 50 Menschen den Verein, drei sind nach der Veranstaltung am Sonnabend dazu gekommen.



Brigitte Steinwachs-Steil (von links), Willi Kramer, Alfons Lausch, Andreas Niepel und Walter Krämer sind in eine ange-regte Debatte vertieft. Lehnhoff

(Aus der Leine-Zeitung vom 13. September 2004 / Regionalbeilage der Hannoverschern Allgemeinen Zeitung)

oooooooooooo

Text 15: Wähler in Windeln? Der Bundestag staunt

50 Abgeordnete wollen ein Wahlrecht von Geburt an einführen

- die Regierung nennt die Idee verfassungswidrig |

VON HEIKE MANSSEN (HAZ vom 2. April 2004)

Über Politik lässt sich streiten – auch mit den eigenen Kindern. Der halbwüchsige Sohn sympathisiert mit der PDS, Papa schätzt die CDU. Bislang sitzt der Vater am längeren Hebel, nur er darf wählen gehen. Ginge es nach einer parteiübergreifenden Initiative von 50 Bundestagsabgeordneten, sollen nun auch die 16 Millionen Kinder und Jugendlichen in Deutschland ihr Stimmrecht bekommen. Über das Kinderwahlrecht wurde am Donnerstag zum ersten Mal im Bundestag diskutiert.

Der FDP-Parlamentarier Klaus Haupt ist einer der Väter der Initiative „Wahlrecht von Geburt an“, der sich immerhin Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) und seine Stellvertreterinnen Antje Vollmer (Grüne) und Hermann Otto Solms (FDP) angeschlossen haben. Auf der Liste stehen auch andere Namen, wie der CSU-Sozialexperte Johannes Singhammer oder das frühere CDU/CSU-Mitglied Martin Homann. Allerdings ist den Abgeordneten schon jetzt klar, dass ihr Vorschlag vorerst in den Kinderschuhen stecken bleibt - die Antragsteller gehen davon aus, dass sie die erforderliche Zweidrittelmehrheit für eine Änderung des Grundgesetzes noch weit verfehlen würden. Doch was nicht ist, kann noch werden: „Vor 100 Jahren hat sich auch keiner vorstellen können, dass jede Frau wählen kann“, sagt Klaus Haupt.

Doch wie soll ein Wahlrecht für die Kleinen überhaupt funktionieren? Sollen Kinder zum Ankreuzen in die Kabine krabbeln? Die Initiatoren wie auch Familienverbände wollen, dass bis zum 18. Geburtstag Eltern stellvertretend für ihre Kinder die Stimme abgeben. Jedes Elternteil soll für sein Kind eine halbe Stimme erhalten, schlägt Haupt vor.

„Geht nicht“, antwortet Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD). Die stellvertretende Stimmabgabe verstoße gegen das Demokratieprinzip und könne daher auch nicht durch Verfassungsänderung eingeführt werden: „Jeder Bürger über 18 Jahren muss das gleiche Stimmrecht haben - die Zahl der Stimmen kann also nicht davon abhängen, wie viele Kinder man hat“, sagt Zypries. Damit will sich Hermann Otto Solms nicht zufrieden geben. Schließlich stehe in der Verfassung auch, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe - „und nicht, dass dies ausschließlich das erwachsene Volk ist“.

Die Idee, Kinder wählen zu lassen, ist nicht ganz neu. Doch mit Beginn der Demographiedebatte in Deutschland hat sie noch einmal neuen Schwung bekommen - und prominente Anhänger wie den ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog oder den Vorsitzenden der katholischen Deutschen Bischofskonferenz Karl Kardinal Lehmann. Für die Initiatoren ist das Thema schon deshalb noch lange nicht abgewählt.